

27. Juli 1959



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XIV/163 - 24. Juli 1959

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831 - 33  
Fernschreiber 0866890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	"Brücken über den Abgrund"? Günter Markscheffel berichtet aus Genf	92
3 - 4	Die Frage nach dem "modus vivendi" Gedanken über eine Äußerung des amerikanischen Vizepräsidenten Nixon in Moskau	71
5 - 6	Ein kostspieliger Fehler Die Bemühungen des Auswärtigen Amtes im Falle Merten	65
7	Adenauer und das "Ein-Mann-System" Auseinandersetzungen in der CDU gehen weiter	40

Zur Beachtung:

In der gestrigen Ausgabe ist uns ein bedauerlicher Irrtum unterlaufen: Fritz E r l e r ist nicht Stellvertretender Vorsitzender der SPD sondern "Stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD".

\* \* \*  
\* \* \*

"Brücken über den Abgrund"?

Günter Markscheffel berichtet aus Genf

Wenn diese Genfer Außenminister-Konferenz trotz ihres deprimierenden und für den Außenstehenden kaum noch überschaubaren Hin und Her doch noch zu einem greifbaren Ergebnis gelangen sollte, dann wird es das Verdienst des britischen Außenministers Selwyn Lloyd sein. Dieser zurückhaltende Mann hat am Donnerstagabend, der letzten Vollsitzung dieser Woche, ein Meisterstück von Klarheit, weitschauendem Einfühlungsvermögen und subtiler Diplomatie vollbracht. Man muß sich vergegenwärtigen, wie die Situation kurz vor Abschluß dieser Arbeitswoche war, um Selwyn Lloyds Leistung richtig einschätzen zu können.

Alles sprach von "Krise" und "Abbruch", von "unlösbarer Schwierigkeiten" und von "Verschärfung der Situation", wobei natürlich die eine der anderen Seite vorwarf, daß sie, und nur sie allein, Schuld an der entstandenen Lage habe. Als dann noch das Warschauer Komunique bekannt wurde und die Bonner Delegation - natürlich als erste - eine Erklärung mit dem Tenor herausgab, "wir haben es ja immer gesagt", "es hat alles keinen Zweck", fiel das Konferenzbarometer auf Tiefstand

\* \* \*

Selwyn Lloyd ließ sich durch nichts beirren. Er stellte zunächst fest, daß Gromykos Zusage, die Sowjets würden vorläufig keine einseitigen Maßnahmen gegenüber Berlin ergreifen, nicht bedeute, sie könnten später, falls in der Deutschland-Frage kein Fortschritt erzielt werde, in Sinne des Ultimatums vom 27. November 1958 aktiv werden. Die westlichen Alliierten hätten aus Gromykos Erklärung entnommen, daß nach Ablauf einer Interimsperiode die Verhandlungen über Deutschland und Berlin genau an dem Punkte wieder beginnen würden, an dem die erste Phase der Genfer Außenminister-Konferenz begonnen habe. Dies natürlich nur dann, wenn in der Interimsperiode keine Einigung erzielt worden sei.

Gleichzeitig gab Selwyn Lloyd zu verstehen, daß für ihn die Grundlagen einer Interimslösung des Berlin-Problems bereits geschaffen worden seien und daß man sich hier nun dem Deutschland-Problem wieder zuwenden kann. Er betonte, daß es hierfür eine Methode gäbe, die es erlaubt, sich von Zeit zu Zeit und über einzelne Punkte zu verständigen, ohne daß die eine Seite die Bedingungen der anderen akzeptieren müsse. Nun rechnet man hier damit, daß Selwyn Lloyd in den kommenden Geheimsitzungen - ohne die Deutschen - seine "Methode" näher erläutern wird.

\* \* \*

In der sowjetischen Delegation haben die Ausführungen des britischen Außenministers einen beachtlichen Eindruck hinterlassen. Sie gaben dort zu der Vermutung Anlaß, daß Selwyn Lloyd früher oder später "ein irgendwie geartetes gesamtdeutsches Gremium" befürworten oder daß er - vielleicht schon in der nächsten Woche - die Diskussion über das Deutschland-Problem im Zusammenhang mit der Abrüstungsfrage (Entspannungszone in Mitteleuropa) bringen wird. Voraussetzung dafür werde allerdings, so sagt man bei den Russen, die Bestätigung der Interimslösung für Berlin sein.

Diese Vermutung wird auch durch die Tatsache unterstützt, daß Gromyko in seiner verhältnismäßig zurückhaltenden Rede, in der er betonte, daß der Westen nicht die Interimslösung für Berlin und den gesamtdeutschen Ausschuß parallel diskutieren wolle, nunmehr bereit sei, die Interimslösung für Berlin allein zu erörtern.

Da von westlicher Seite gegen diesen Vorschlag Gromykos keine Einwände erhoben wurden, dürfte in der kommenden Woche die Genfer Außenminister-Konferenz zunächst wieder einmal "berlinisiert" werden.

\* \* \*

Es ist jetzt eine merkwürdige Situation entstanden. In Gesprächen mit Delegationsmitgliedern der "Großen" spürt man den Willen zu einem Kompromiß. Bei Unterhaltungen mit den Deutschen beider Seiten wird "Härte" demonstriert. War in der ersten Woche der zweiten Konferenzphase Botschafter Grewe unbestritten zum Champion der Unversöhnlichkeit geworden, so gebührt in der zweiten Woche dieser Titel dem DDR-Außenminister Dr. Lothar Bolz. Was sich der Mann am Donnerstagabend an primitivster Propagandarehetik leistete, war erschütternd. Es lohnt sich nicht, die billige Platte nachzuspielen; sie ist allzu bekannt. Aber eine Frage dürfte angebracht sein: Was soll das Geifern in einer Situation, in der jeder normaldenkende Mensch weiß, daß nicht die Aufpulverung der Gegensätzlichkeiten, sondern nur ruhige Überlegungen der Entspannung zwischen West und Ost dienlich sein können? Hat Herr Bolz Angst vor der Entspannung, hat er Furcht vor einem Kompromiß in der Deutschland-Frage?

Es muß wohl so sein, denn so dumm ist der Außenminister der DDR nicht, um nicht zu spüren, daß Selwyn Lloyd gestern die größten Anstrengungen zur Rettung der Konferenz gemacht hat. Und so unbegabt ist er auch nicht, um nicht zu wissen, daß Gromyko vorsichtig einlenkte ...

\* \* \*

Das Wochenende wird in Genf ruhig sein. Die Experten brüten hier über den "Arbeitspapieren", die zur Vorbereitung der nächsten Sitzungen bereits vorliegen. Das wichtigste dieser "Papiere" dürfte die von Selwyn Lloyd in Aussicht gestellte Analyse seiner angekündigten Methode sein, von der er sagte, sie könne die Brücke über den Abgrund werden, der Ost und West voneinander trennt.

Natürlich wartet auch alles auf das Ergebnis der Moskauer Gespräche zwischen Nixon und Chruschtschow. Wenn auch nicht allzu viele Hoffnungen auf eine unmittelbare Auswirkung dieser Gespräche für die Genfer Außenminister-Konferenz gesetzt werden, so glaubt man doch, daß "atmosphärisch" einiges verbessert werden könnte.

Der Besuch Herterers in West-Berlin wird unterschiedlich interpretiert. Offiziell heißt es, Herterer wolle die Verbindung des Westens mit dem freien Berlin demonstrieren; Inoffiziell wird angedeutet, der USA-Außenminister wolle an Ort und Stelle die Frage prüfen, wie der Berliner Senat einen Kompromiß für eine Berlin-Interimslösung beurteilt.

Beide Interpretationen dürften richtig sein, denn wenn in der nächsten Woche die Genfer Außenminister-Konferenz wieder "berlinisiert" wird, muß Herterer wissen, was die Berliner von Westen erwarten und welche Möglichkeiten für die vielbesprochene Interimslösung gegeben sind.

+ + +

Die Frage nach dem "modus vivendi"

sp - Der amerikanische Vizepräsident Nixon sprach bei seiner Ankunft auf dem Moskauer Flughafen unter anderem den Satz aus: "Zum ersten Mal seit dem Beginn der Zivilisation haben wir einen Punkt erreicht, an dem wir entweder lernen müssen, miteinander zu leben, oder aber miteinander sterben werden". Ganz deutlich wird in diesen Worten die Aufgabe umrissen, vor die Nixon sich und die Politiker unserer Welt gestellt sehen, wenn sie ihren Völkern das Weiterleben ermöglichen wollen. Dabei liegt der Orientierungspunkt für die jeweilige Politik in dem Hinweis Nixons, daß wir "lernen müssen, miteinander zu leben". Das aber ist die Frage nach dem "modus vivendi" in dieser Welt, und die Leistung, die ein jeder Mensch und ein jedes Volk dabei zu vollziehen hat, besteht darin, Welt und Menschheit nicht mehr als eine einander entgegengesetzte schroffe und feindselige Wirklichkeit zu begreifen, sondern nach Möglichkeiten eines gemeinsamen Miteinanders zu suchen.

Damit ist im vollen Umfange das aufgegeben, was der demokratische Sozialismus längst und in besonderen erst kürzlich auf der Fagung der Hamburger Internationale gefordert hat: Abbau der Gegensätze, ganz gleich, in welcher Form sie zu Tage treten, Beendigung des kalten Krieges, Abrüstung, Lösung der Problematik atomarer Waffen. Gleichzeitig zeigte die Sozialistische Internationale über diese Forderungen hinaus einen Weg, der gemeinsam von allen potentiellen/<sup>politischen</sup> Mächten gegangen werden kann. Es gilt, die wirtschaftliche Entwicklung verarmter Völker, die Modernisierung ihrer Landwirtschaft und ihrer Industrie voranzutreiben. Es ist notwendig geworden, Hilfe im Weltmaßstab zu betreiben und es ist fruchtbarer, miteinander in dieser Hilfe zu konkurrieren, als gegeneinander zu stehen und Unsummen Geldes in Rüstungen zu stecken, die im Grunde genommen das Stärkeverhältnis nicht mehr verändern können. Dieses Geld könnte viel besser angelegt werden, wenn man es den Entwicklungsländern zufließen lassen würde, wobei in Zuge solcher Bestrebungen die bestehenden Organisationen im Rahmen der Vereinten Nationen weiter ausgebaut werden müssten. Es liegt dabei durchaus in der Konsequenz eines Miteinanderlebensmüssens, wenn der Anspruch der Völker Asiens, Afrikas

und Lateinamerikas auf Selbständigkeit und echte Unabhängigkeit verwirklicht und in Abschaffung jeglichen kolonialen Status jene neue Ordnung heraufgeführt wird, die dem Geist der Vereinten Nationen entspricht.

Auf das Deutschlandproblem angewandt, erhält die Wiedervereinigungskonzeption der SPD durch die Äusserung Nixons eine sinngemässe Rechtfertigung. Geht doch der Deutschlandplan davon aus, dass ein deutsches Aufeinanderzukommen in Rahmen einer Zone der militärischen Entspannung die notwendige Voraussetzung zur Lösung des Problems ist. Es wäre daher besser, wenn die Bundesregierung den Hinweis der SPD aufgreifen würde, doch einmal die Grundlagen zu überdenken, die sich sogar aus dem Abkommen zwischen der "DDR" und der Sowjetunion vom 20. September 1955 zur Ausgestaltung innerdeutscher Kontakte und für die Schaffung eines ständigen Deutschland-Gremiums der vier Grossmächte anbieten. In einem Anex-Briefwechsel zwischen dem Aussenminister der "DDR" - und dem stellvertretenden sowjetischen Aussenminister Sorin war damals die Zuständigkeit der vier Mächte "in Deutschland als Ganzes betreffender Fragen" sowie in "Fragen aus entsprechenden Beschlüssen der vier Mächte" anerkannt worden. Die "DDR" hatte sich damals bereit erklärt, "in Ausübung der Bewachung und Kontrolle auf den im Gebiet der DDR liegenden Verbindungswege zwischen der Bundesrepublik und Westberlin mit den entsprechenden Behörden der Bundesrepublik" die Regelung aller Fragen zu gewährleisten, die mit dem Eisenbahn- Kraftfahrzeug- und Schiffverkehr zusammenhängen. Die Kontrolle des Verkehrs, der sich aus der Anwesenheit alliierter Garnisonen in Westberlin ergibt, wurde "bis zur Vereinbarung eines entsprechenden Abkommens" den sowjetischen Truppen übertragen. Auf die Vereinbarungen kommt es an, um einseitige Massnahmen auszuschliessen.

Hier bieten sich Möglichkeiten, Gespräche über Vereinbarungen zu beleben, die sich die friedliche Lösung des Deutschlandproblems zum Ziele setzen. Wir können nicht aufhören, diese Forderung nach endlicher Lösung der Deutschlandfrage immer wieder an die Grossmächte heranzutragen, weil es einen Teil der Gegenseitigkeit darstellt, die den spannungsvollen Zustand in der Welt bedingt und den Frieden in der Welt gefährdet. Im Augenblick scheint zwar der Zwang des Miteinanderlebensmüssens der einzige Grund einer miteinander zerfallenen Welt zu sein, der den Frieden aufrecht erhält. Das ist jedoch Grund genug, um alles zu tun, diese schonmal gewordene Basis unseres Daseins durch eine verantwortungsbewusste Politik schnellstens zu verbreitern.

### Ein kostspieliger Fehler

W.F. - Auf weit über 200 000 DM werden die Rechtshilfekosten beziffert, die dem Auswärtigen Amt bisher für den Berliner Rechtsanwalt Dr. Max Merten entstanden sind, der am 5. März wegen Kriegsverbrechen vor einem griechischen Gericht in Athen zu einer 25-jährigen Freiheitsstrafe verurteilt worden war. Wie man hört, scheut das Amt keine Mühe, eine Wiederaufnahme des Verfahrens in Gang zu bringen, obwohl gegen das Urteil an sich eine Revision nicht möglich ist. Angesichts der innenpolitischen Stimmung in Griechenland besteht gegenwärtig auch kaum eine Chance für eine Wiederingangsetzung auf anderen Wegen. Umsomehr fragt man sich nach den Gründen für den ungewöhnlichen Eifer, den das Auswärtige Amt hier an den Tag legt.

Bekanntlich war der Berliner Anwalt, der während des Krieges als Kriegsverwaltungsrat in Griechenland eingesetzt war, anlässlich eines Aufenthalts in Athen am 26. April 1957 verhaftet worden. Man warf ihm Kriegsverbrechen, hauptsächlich an der jüdischen Bevölkerungsteil begangen, vor und machte ihm nach zweijähriger Vorbereitung den Prozeß. Es war eine Zeit, die im griechischen Volk noch einmal aufs tiefste die nationalen Ressentiments und die Erinnerungen an die deutsche Besetzung wachrief.

Daß dieser Prozeß allerdings überhaupt stattfinden konnte, daran war in erster Linie die deutsche Bundesregierung schuld. Das griechische Parlament hatte bereits im Jahre 1952 in dem Wunsche, mit den Kriegsverbrecherprozessen Schluß zu machen, ein Amnestiegesetz beschlossen, das in Kraft treten sollte, wenn die deutsche Regierung sich der schweren Fälle selbst annähme. Eine griechische Delegation übergab damals auf Grund einer deutschen Zusage die Akten der damaligen Ministerialdirigenten und früheren Reichskriegsgerichtsrat und Generalrichter im besetzten Dänemark, Dr. Ernst Kanter. Aber obwohl die Griechen 1956 erneut nach Bonn kamen und wiederholt mahnten, wurde nicht eine einzige Anklage erhoben und so die Gelegenheit verpaßt, die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen und die Schuldlosen zu rehabilitieren. Die Folge war, daß die griechische Regierung sich entschloß, die Verfahren selbst wieder zu übernehmen und die deutsche

Regierung Gies am 15. März 1957 wissen ließ. Als wenige Monate darauf Dr. Merten zufällig nach Athen kam, war er derjenige, der auf der Stelle verhaftet wurde. Was allerdings noch heute unerklärlich ist: Obwohl Merten mit der deutschen Botschaft in Verbindung stand, war er von dem Beschluß der griechischen Regierung nicht unterrichtet worden.

Über die Gründe der deutschen Justiz, auf eine Verfolgung der von den Griechen vorgelegten Fälle zu verzichten, ist wenig bekannt. Vielleicht wollte man keinen Präzedenzfall schaffen. Es wurde auch angedeutet, die übergebenen Unterlagen seien mangelhaft gewesen und enthielten z.T. nur unzureichende Hinweise, die zur Identifizierung angeblicher Kriegsverbrecher nicht ausreichten. Dahinter kann sich aber auch verborgen haben, daß man bemüht war, hohe Offiziere der Bundeswehr - man nannte u.a. den Namen des Bruders des NATO-Generals Speidel - vor gerichtlicher Verfolgung zu bewahren. Auf jeden Fall hat sich die Bundesregierung in diesem Fall so verhalten, daß offenbar der Eindruck entstanden ist, ihr sei an einer Vertuschung der Sache mehr gelegen als an einer sachlichen Aufklärung.

Es ist verständlich, daß das Auswärtige Amt sich nunmehr bemüht, das Opfer zu retten, das sich in Netze ihres Verhaltens verstrickt hat. Es gibt aber Gerüchte, daß man sich auch hier Methoden bedient, die auf der anderen Seite nur neue Verstimmung hervorzurufen geeignet sein müssen: Wenn man inoffiziell und indirekt den Versuch macht, Fragen wie etwa die Wiedergutmachung oder der 300-Millionen-Anleihe mit einer Amnestie Mertens zu verbinden. Derartige Versuche könnten der Sache sicher am wenigsten dienen. So begrüßenswert es wäre, wenn auch der Fall Merten wirklich ressentimentlos und objektiv untersucht würde, von griechischer Seite wird man stets darauf verweisen können, daß die deutsche Bundesregierung alle Möglichkeiten dafür selbst in der Hand hatte, und daß sie es ja war, die durch ihr passives Verhalten in der Kriegsverbrecherfrage der griechischen Regierung den "schwarzen Peter" zuspielte.

### Adenauer und das "Ein-Mann-System"

H.B. - Adenauer hatte gelacht und erklärt, die Auseinandersetzungen seien vorüber, als ihn kürzlich der "Life"-Korrespondent John Mulliken über die Konflikte in der CDU befragt hatte. Skeptisch notierte Mulliken: "Er hat wohl versucht, sich optimistischer zu geben, als er in Wirklichkeit ist". Die Skepsis war berechtigt. Schon gleich nach dem Interview sollte sich zeigen, daß die "Auseinandersetzungen" keineswegs vorüber sind.

Der junge, christlich-demokratische Bundestagsabgeordnete Peter Nellen hat in der letzten Nummer der "Frankfurter Hefte" einen Aufsatz über "Adenauers Staat und Partei" veröffentlicht, bei dessen Lektüre dem Regierungschef und CDU-Vorsitzenden das Lachen vergehen müßte. Anhand der Vorgänge um die Bundespräsidentenwahl hat Nellen das Verhältnis zwischen Staat und Partei durchdacht, sowie auch das Verhältnis zwischen Partei und Parteiführung. Nellen warnt vor einem autoritären "Ein-Mann-System", und sicherlich ist er nicht der erste, den eine Entwicklung schaudern macht, die einem Manne zunächst in einer Partei und dann im Staate zunächst die Vorherrschaft und dann die Alleinherrschaft ermöglicht. "Man sieht auch in Kreisen, die es im Verhältnis zu Dr. Adenauer nicht wahrhaben wollten, wie gefährlich es für den Staat ist, wenn eine große eigenwillige Persönlichkeit die letzten Beweggründe, Pläne, Hoffnungen und Befürchtungen als Regierungschef allein in der Brust trägt". Sicherlich ist Peter Nellen nicht der erste, der so etwas sagt, aber es ist oben aufschlußreich, daß es ein CDU-Abgeordneter ist, der im Zusammenhang mit der Parteichef und Kanzler von einer Gefährdung des Staates spricht.

Das Staatsgefühl, meint Nellen, wächst in der Bundesrepublik nur langsam und zaghaft, und eben dieses Staatsgefühl habe Adenauer durch sein Verhalten Schaden zugefügt. Sieht man sich die Begründung an, die Peter Nellen für sein hartes Urteil gibt, so erkennt man, daß er sich noch recht höflich ausgedrückt hat. Er schreibt nämlich, selbst ein durch Pessimismus geschärfter Blick entdecke in der internationalen Politik nichts, was Adenauer hätte zwingen können, auf seine Präsidentschaftskandidatur zu verzichten. Es ist ganz klar, daß Nellen folgerichtig von persönlicher Willkür hätte sprechen müssen.

Man spricht bei der CDU gern vom "politischen Stil". Es bleibt zu hoffen, daß man dort Nellens Mahnungen nicht überhört und mehr als bisher auf den "Stil" des Parteivorsitzenden achtet, der als Bundeskanzler eine besonders hohe Verantwortung gegenüber der Demokratie zu tragen hat.

+ + +